

Die europäische **Krise** ist eine politische Krise

J.-Cl. Reding: Jugendschelke ist keine Antwort!

In Luxemburg wurden die vergangenen Wochen von der Diskussion über das Referendum zum EU-Verfassungsvertrag beherrscht. Eine Mehrheit der Luxemburger hat sich für den Verfassungsvertrag ausgesprochen.

Der OGB-L, der sich positiv zum Vertrag geäußert hatte, begrüßt dieses Resultat. Dennoch kommt man nicht umhin festzustellen, dass auch das Nein sich eine Stimme verschaffen konnte.

Die Debatten um das Referendum haben bewiesen, dass sich viele Menschen Fragen über den Sinn der europäischen Politik stellen. Sie möchten wissen, ob Europa ein Instrument zum Ausbau des sozialen Fortschritts bleibt. Sie wollen wissen, inwiefern die europäische Konstruktion dazu beitragen kann, Antworten auf ihre Fragen betreffend ihre berufliche Zukunft, ihre soziale Absicherung, unser Sozialmodell, unsere Lebensweise, unsere Sicherheit und den Schutz unserer Umwelt zu liefern. Sie fragen sich auch, wie die Union das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft in einer globalen Weltwirtschaft verteidigen kann.

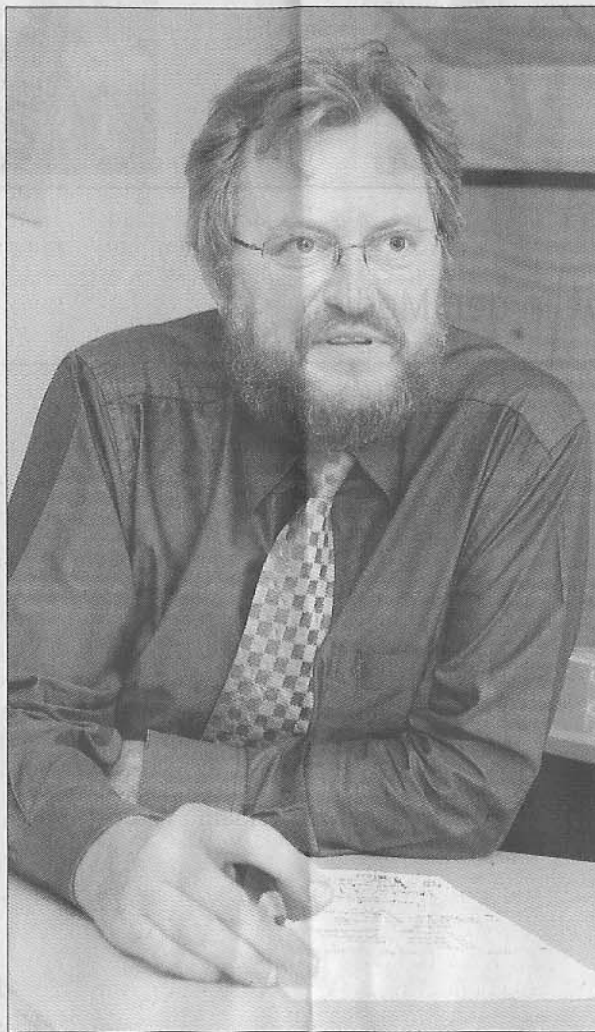
Dies sind Problemstellungen, die sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern der Verfassung aufgeworfen werden.

Zu Recht haben die luxemburgischen Politiker, während der Ratspräsidentschaft, in der Referendum-Debatte die soziale und umweltpolitische Dimension der europäischen Politik in den Vordergrund gestellt. Nun heißt es

in den folgenden Monaten, diesen Einsatz zu verstärken, besonders dann wenn es darum geht, die Richtlinie über den freien Verkehr der Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt, die so genannte Bolkestein-Direktive, grundlegend zu verbessern oder sogar umzuarbeiten, eine fortschrittliche Lösung in der Diskussion um die Arbeitszeitrichtlinie zu finden, aber ebenfalls in der von Tony Blair losgetretenen Debatte über das europäische Sozialmodell.

In der Referendum-Debatte, die sich zur regelrechten Orientierungsdebatte über Europa gemausert hatte, waren sowohl das Interesse als auch das Engagement der Jugend in Luxemburg, genau wie übrigens in den anderen Ländern der Union, beträchtlich.

Die Jugendlichen sind sehr kritisch was die Einschätzung der Entwicklung der europäischen Politik anbelangt. Es ist nicht verwunderlich, dass jene, die sich für die europäische Konstruktion eingesetzt haben, enttäuscht sind, aber den Jugendlichen mangelnde politische Kultur vorzuwerfen, ist schlichtweg ungerechtfertigt. Man sollte diejenigen, die das behaupten, besser daran erinnern, dass sie genau jetzt jene Jugendlichen schlecht reden, denen sie für ihren Einsatz gegen die Kriegserklärung an den Irak



durch die Herren George Bush und seinen Alliierten Tony Blair, Applaus spendeten.

Den Jugendlichen einen glaubhaften Zukunftsentwurf bieten!

Sicherlich ist es von Nutzen, den Bürgerkunde- oder Geschichtsunterricht auszubauen, allerdings nur wenn die Abänderung der Programme darauf hinzielt, aus Schülern kritische Bür-

ger zu machen. Aber man muss auch daran erinnern, dass die Jugendlichen in Europa immer größere Schwierigkeiten haben, eine Arbeit zu finden, dass sie weitaus öfter als ihre Eltern, Opfer der Arbeitsplatzunsicherheit sind und ebenfalls stärker von Armut und Ausgrenzung betroffen sind.

Auch Luxemburg bleibt von dieser Entwicklung nicht verschont. Es ist heute schwieriger als vor zwanzig Jahren für einen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt hineinzu- kommen und dort dauerhaft zu bleiben. Es ist schwieriger für ihn sich eine Wohnung zu beschaffen und diese Liste kann beliebig weitergeführt werden. Anstatt die Jugendlichen zu kritisieren, sollte man ihnen Antworten auf ihre Fragen geben. Es gilt ihnen einen glaubhaften Zukunftsentwurf zu bieten.

Das Referendum hat das Votum der Abgeordnetenversammlung bestätigt, es hat in Luxemburg eine Debatte über Europa eröffnet, es hat aber auch eine Spaltung im Land heraufbeschworen, einen Riss, den es nun wieder zu kitten gilt.

Nach den niederländischen und französischen Referenden, nach der vom Europarat verordneten Denkpause, nach der Entscheidung der Engländer, der Portugiesen, der Polen, der Dänen, der Tschechen diese Unter-

brechung zu nutzen und ihre Volksabstimmung zu verschieben, stellte sich die Frage, ob wir dies nicht auch hätten tun sollen. Im 2. Semester 2007 wird sich zeigen, ob der Einsatz die Mühe wert war.

Die EU ist in der Krise.

In der Zwischenzeit - und dies trotz des positiven Luxemburger Votums - befindet sich die EU in der Krise.

Die Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitiken in Europa und in den Ländern der europäischen Union, die auf Entscheidungen basieren, die unter dem Impuls der jeweiligen Regierungen im Rahmen der gemeinschaftlichen Gremien getroffen wurden, bringen nicht das gewünschte Resultat. So drängt sich ein Richtungswechsel mit dem endgültigen Verzicht auf eine neo-liberale Ausrichtung auf und es ist nun an der Zeit Vorschläge zu unterbreiten, welche die soziale Dimension und die politische Integration der Union vorantreiben.

Die Debatte über Europa ist nicht beendet, aber nach sechs Monaten Ratspräsidentschaft und Referendum-Debatte, sollte man sich jetzt dringend jenen Dossiers widmen, die liegen bleiben. Der Nationalvorstand des OGB-L hat diese Dossiers aufge-rollt und dabei feststellen müssen, dass es anlässlich der Rentrée nicht an Arbeit mangeln wird.

Bis dahin wünscht der OGB-L all seinen Mitgliedern schöne und geruhsame Ferien.

Jean-Claude Reding*

-> * Der Autor ist Präsident des OGB-L